

Am 7. März kommen 4 Vorlagen auf städtischer, 3 (4 mit Gegenvorschlag) auf kantonaler und 3 auf eidgenössischer Ebene zur Abstimmung. Der «Höngger» hat die in den Zürcher Parlamenten vertretenen Parteien aus dem Wahlkreis 6 und 10 um ihre Empfehlung gebeten. Die Nummerierungen auf dieser Doppelseite entsprechen jenen der Vorlagen.

Städtische Vorlagen

- 1) Einhausung Schwamendingen mit Ueberlandpark
- 2) Schulanlage und Quartierpark Areal Thurgauerstrasse
- 3) Wohnsiedlung Letzi
- 4) Schulanlage und Quartierpark Areal Guggach

Kantonale Vorlagen

- 1) Änderung der Kantonsverfassung; Anpassung Grenzwerte
- 2) Änderung des Sozialhilfegesetzes (SHG)
- 3)A Volksinitiative «Bei Polizeimeldungen sind die Nationalitäten anzugeben»
- 3)B Gegenvorschlag des Kantonsrates

Eidgenössische Vorlagen

- 1) Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot»
- 2) Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste (EID-Gesetz)
- 3) Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit Indonesien



SVP
Johann Widmer,
Gemeinderat

Städtische Vorlagen

- 1) **Ja.** Weil die geplante Aufwertung des Parks über dem Tunnel für das Quartier sinnvoll ist und auch durch uns begrüsst wird.
- 2) **Ja.** Weil die Zunahme der Bevölkerung in diesem Quartier erwiesen ist, muss auch neuer Schulraum für die Kinder geschaffen werden. Die SVP hat auch bei diesem Projekt genau hingeschaut, dass keine unnötigen Kosten verursacht werden und der Bau zweckmässig erfolgt.
- 3) **Nein.** Sozialer Wohnungsbau ist keine geeignete Massnahme zur Schaffung von Wohnraum. In den seltenen Situationen, wo sich jemand keine Wohnung leisten kann, gibt es bessere Lösungen. Die Gefahr des Missbrauches durch Nicht-Bedürftige ist gross. Die partielle Verstaatlichung des Wohnungsmarktes schadet allen.
- 4) **Ja.**

Kantonale Vorlagen

- 1) **Ja.**
- 2) **Nein.** Obschon die SVP an vorderster Front gegen Sozialmissbrauch kämpft, können wir diese verwässerte und ins Gegenteil verdrehte Vorlage nicht zur Annahme empfehlen.
- 3)A **Ja.** Es wird endlich Zeit, dass die vom damaligen Alternativen Stadtrat initiierte Weigerung der Nationalitätenennung in Polizeimeldungen abgeschafft wird und der Bürger wieder erfährt, wer die Straf- und Gewalttaten in unserem Land verübt. Auch die Forderung der Initianten, dass man angeben soll, ob jemand in den letzten Jahren eingebürgert wurde, ist sinnvoll.
- 3)B **Ja.** Der Gegenvorschlag will eigentlich das Gleiche, nur die Nennung der Einbürgerung fehlt hier. Bei Annahme beider Fragen, Variante A, Volksinitiative, ankreuzen.

Eidgenössische Vorlagen

- 1) **Ja.** Es wird Zeit, dass dem Extremismus Einhalt geboten wird. Vor allem auch die Verhüllung extremer und gewaltbereiter Extremisten soll verboten werden. Es handelt sich somit nicht um eine Kleidervorschrift, wie das die Gegner immer wieder behaupten.
- 2) **Ja.**
- 3) **Ja.** Solche Verträge ermöglichen es der Schweiz, wirtschaftlich unabhängiger zu werden von den grossen Blöcken USA und EU.



GLP
Florin Isenrich,
Co-Präsident
GLP Kreis 6&10,
Doktorand
Mikrofluidik ETH

Städtische Vorlagen

- 1) **Ja.**
- 2) **Ja.**
- 3) **Ja.**
- 4) **Ja.** Nachdem die Schulraumplanung etwas verschlafen wurde, können wir mit dieser Vorlage der Schulraumknappheit etwas entgegenreten.

Kantonale Vorlagen

- 1) **Ja.**
- 2) **Ja.** Bei Betrugsverdacht soll das Vorgehen in allen zürcherischen Gemeinden einheitlich sein. Ausserdem muss für die verschiedenen Massnahmen eine klare Rechtsgrundlage bestehen und dem Prinzip der Verhältnismässigkeit Rechnung getragen werden.
- 3)A **Nein.** Die Vorlage schafft zwei Arten von Schweizern, jene mit und ohne Migrationshintergrund. Kriminalität hängt nicht vom Geburtsort, sondern von anderen Faktoren ab. Bei Polizeimeldungen ist die Herkunft etwa so aufschlussreich, wie die Augenfarbe oder der Bildungsgrad. Für die Transparenz gibt es weiterhin die Kriminalstatistik.
- 3)B **Nein.**

Eidgenössische Vorlagen

- 1) **Nein.** Diese Vorlage betrifft nur eine verschwindend kleine Anzahl Personen in der Schweiz. Aus liberaler Sicht gehören Kleidervorschriften nicht in die Verfassung. Der indirekte Gegenvorschlag, welcher bei einer Ablehnung in Kraft tritt, nimmt wichtige Punkte aus. So muss man Behörden für die Identifikation das Gesicht zeigen und er sieht Massnahmen zur Stärkung der Rechte der Frauen vor.
- 2) **Nein.**
- 3) **Ja.** Als Exportnation sind wir auf gute Handelsbeziehungen angewiesen. Das Freihandelsabkommen hilft unserer Wirtschaft zu wachsen und nach der Krise wieder Arbeitsplätze zu schaffen. Das Abkommen enthält ausserdem klare Verbesserungen der Nachhaltigkeit in Bezug auf Palmöl. Natürlich ist dies noch nicht perfekt, aber es ist ein Schritt in die richtige Richtung. Und um die Abholzung von Regenwald noch besser zu verhindern, sind wir Konsumenten gefragt möglichst auf palmöhlhaltige Lebensmittel, Kosmetika und anderes zu verzichten.



FDP
Simone Ursprung,
Vorstand FDP 10,
Juristin

Städtische Vorlagen

- 1) **Ja.**
- 2) **Ja.**
- 3) **Ja.**
- 4) **Ja.**

Kantonale Vorlagen

- 1) **Ja.**
- 2) **Nein.** Um raffiniert agierende Sozialhilfebetrüger zu überführen, muss auch ein unangemeldeter Besuch zu Hause oder die Erstellung eines Bewegungsprofils mittels GPS-Tracker möglich sein.
- 3)A **Nein.** Die Volksinitiative verlangt, dass auch bei Schweizern der Migrationshintergrund in Polizeimeldungen genannt wird. Eine so geschaffene Zweiklassengesellschaft und ein polizeilicher Ahnenforschungszwang sind abzulehnen.
- 3)B **Ja.** Zumal Menschen aus verschiedenen Ländern erwiesenermassen unterschiedlich oft und auf unterschiedliche Art kriminell sind, gehört eine Nennung der Nationalität in Polizeimeldungen zur Transparenz.

Eidgenössische Vorlagen

- 1) **Nein.** Gegen die Unterdrückung der Frau gibt es griffigere Mittel als ein von rechtskonservativen Männern lanciertes Kleiderverbot, unter anderem die Massnahmen im Gegenvorschlag. Wird eine Frau zur Verhüllung gezwungen, ist dies bereits heute strafbar. Die Initianten wollen hier eine negative Stigmatisierung des Islams und hetzen gegen Ausländer. Beides ist einem freiheitlichen Land nicht würdig.
- 2) **Ja.** Die Schweizer Verwaltung ist in Sachen Digitalisierung massiv im Rückstand, solche Projekte werden nur mit Hilfe von innovativen Privatunternehmen gelingen, die sich überdies zur Einhaltung von strengen Vorschriften zum Schutz der Privatsphäre verpflichten.
- 3) **Ja.** Denn das Abkommen bietet nicht nur für die Wirtschaft eine historische Chance: Erstmals überhaupt hat sich Indonesien bereit erklärt, als Gegenleistung für freien Handel Umweltstandards in der Produktion von Palmöl einzuhalten. Nur so lassen sich Anbaubedingungen überhaupt beeinflussen, denn der internationale Bedarf für dieses im Vergleich mit anderen Sorten effizientere Öl ist hoch.



Grüne
Monika
Bättschmann,
Gemeinderätin

Städtische Vorlagen

- 1) Ja.
- 2) Ja
- 3) Ja.
- 4) Ja.

Kantonale Vorlagen

- 1) **Nein.**
- 2) **Nein.** Keine verdeckte Observation durch private Anbietende. Sie ist ein unverhältnismässiger Eingriff in die verfassungsmässigen Grundrechte und verstösst gegen die Menschenrechtskonvention. Zugleich ist es ein Verstoß gegen die Rechtsgleichheit: Sozialdetektiv*innen hätten weitreichendere Kompetenzen als die Polizei bei der Ermittlung gegen Drogenhandel oder Steuerhinterziehung. Armutsbetroffene sollen unterstützt und nicht per se einem Generalverdacht unterstellt werden. Mit der Ablehnung dieser Vorlage wäre der Einsatz von Sozialdetektiv*innen nicht mehr möglich.
- 3) **A Nein.** Nationalitätenennung verhindert keine Verbrechen und bietet keine Transparenz. Die Vorlagen erschweren das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft. Die ständige ausländische Wohnbevölkerung ist nicht krimineller als jene mit Schweizer Pass (Kriminalstatistik Kanton ZH).
- 3) **B Nein.**

Eidgenössische Vorlagen

- 1) **Nein.** Keine Stimmungsmache gegen Muslim*innen unter dem Deckmantel der Gleichstellung. Die Initiative reiht sich damit ein in die rechtspopulistische Strategie der Ausgrenzung. Die Initianten zementieren ein patriarchalisches Weltbild, indem sie vorschreiben wollen, wie sich Frauen kleiden sollen.
- 2) **Nein.** Kein privatisierter digitaler Pass. Die Herausgabe von Identifikationsmitteln ist eine hoheitliche staatliche Aufgabe, die nicht vollständig an private Unternehmen delegiert werden darf. Diese Aufgabe muss der Bund wahrnehmen.
- 3) **Nein.** Das Abkommen schreibt einen Handel fort, der die Umwelt, den Regenwald und die lokale Bevölkerung, deren Rechte regelmässig verletzt werden, schädigt. Das Kapitel über nachhaltige Entwicklung bietet keine Garantie, dass diese auch eingehalten werden. Nur der Verzicht auf Palmöl schont die Umwelt.



SP
Simone Brander,
Gemeinderätin,
Umweltfachfrau

Städtische Vorlagen

- 1) **Ja.** Mit dem neuen Projekt erhält Zürich-Nord einen schweizweit einzigartigen Hochpark für alle.
- 2) **Ja.** Die Schulanlage mit Doppelturnhalle wird aufgrund der wachsenden Zahl an Schüler*innen benötigt.
- 3) **Ja.** Die 265 neuen Wohnungen in Altstetten inklusive Kindergarten, Gewerbenutzungen und Photovoltaik-Anlage tragen 2000-Wattvertraglich dazu bei, das Drittelsziel an gemeinnützigen Wohnungen zu erreichen.
- 4) **Ja.** Es wird ein neues Primarschulhaus gebaut mit Musikräumen, einer Doppelturnhalle sowie Räumen für die Betreuung und Pflege und einem Rasenspielfeld, das auch von der Bevölkerung genutzt werden kann.

Kantonale Vorlagen

- 1) **Ja.** Eine klare Regelung der Finanzkompetenzen in der Kantonsverfassung ist sinnvoll.
- 2) **Ja.** Damit werden im ganzen Kanton einheitliche Grundlagen bei der Observation von Sozialhilfebeziehenden geschaffen und den Sozialdetektiv*innen klare Grenzen gesetzt. So wird das GPS-Tracking ebenso ausgeschlossen wie unangemeldete Hausbesuche.
- 3) **A Nein.** Es gibt keinen Zusammenhang zwischen Nationalität und Kriminalität.
- 3) **B Nein.** Die automatische Nationalitätenennung schürt Vorurteile. Sie schafft weder Transparenz noch Lösungen, sondern dient nur fremdenfeindlichen Kampagnen. Stichfrage: Gegenvorschlag.

Eidgenössische Vorlagen

- 1) **Nein.** Denn dann tritt der indirekte Gegenvorschlag in Kraft, der vorsieht, dass das Gesicht in bestimmten Situationen im Umgang mit den Schweizer Behörden zu zeigen ist. Er umfasst auch gleichstellungspolitische Anliegen.
- 2) **Nein.** Die elektronische ID soll vom Staat und nicht von Privaten abgegeben werden.
- 3) **Nein.** Die Nachhaltigkeitskriterien des Abkommens sind zahnlos, und es gibt keine greifbaren Kontrollmechanismen und bei Verstössen kaum Sanktionen.



AL
Judith Stofer,
Kantonsrätin AL
Kreis 6 und 10

Städtische Vorlagen

- 1) Ja.
- 2) Ja
- 3) Ja.
- 4) Ja.

K Kantonale Vorlagen

- 1) **Ja.**
- 2) **Nein.** Das Gesetz soll eine Grundlage dafür schaffen, dass private Ermittler*innen ohne richterlichen Beschluss und ohne klare Ausbildungsanforderungen und Kompetenzen Sozialhilfebeziehende verdeckt observieren dürfen. In den vergangenen 20 Jahren wurden Sozialhilfebeziehende zunehmend unter Missbrauchs-Generalverdacht gestellt. Die private Bespitzelung soll nun legitimiert werden. Das ist ein massiver Eingriff in die verfassungsmässigen Grundrechte.
- 3) **A Nein.** Polizei-Mediensprecher haben vor vielen Jahren begonnen, die Nationalitäten von mutmasslichen Tätern in den Polizeimeldungen zu nennen. Die Nationalitätenennung verhindert weder Verbrechen, noch schafft sie Transparenz. Sie führt lediglich zur Spaltung unserer Gesellschaft. Die AL Vollversammlung hat darum ein doppeltes Nein beschlossen.
- 3) **B Nein.**

Eidgenössische Vorlagen

- 1) **Nein.** Kleidervorschriften für Frauen sollen in der Verfassung verankert werden. Das ist blanker Unsinn. Die Vorlage zielt aber auch auf die Religionsfreiheit. Diese soll für Muslim*innen beschnitten werden. Hinter der Volksinitiative steckt das sogenannte Egerkinger-Komitee. Ein seit Jahren bekanntes frauen- und fremdenfeindliches Männergrüppi – Grund genug, um die Vorlage abzulehnen.
- 2) **Nein.** Bei diesem Gesetz haben Bundesrat und Parlament schlecht gearbeitet. Sie haben schlichtweg gepfuscht. Unsere Daten gehören nicht in die Hände von privaten Firmen. Die E-ID ist eine staatliche Aufgabe und gehört unter demokratische Kontrolle.
- 3) **Nein.** Das Freihandelsabkommen mit Indonesien gibt sich nachhaltig und grün. Dies ist es aber mitnichten. Die Palmölindustrie ist für die Abholzung des Urwaldes verantwortlich und vertreibt Kleinbäuer*innen.

Höngg aktuell

Aufgrund der aktuellen Lage sind diese Veranstaltungsangaben ohne Gewähr. Bitte informieren Sie sich auf den Webseiten der jeweiligen Organisationen, ob der Anlass tatsächlich stattfindet.

Freitag, 26. Februar

Offener Jugendtreff im Chaste

19.30 bis 22.30 Uhr. Ab der Oberstufe treffen sich in dem von den Jugendlichen selbst gestalteten Jugendtreff. Drinnen oder draussen wird diskutiert, Musik gehört oder getöggelt. GZ Höngg Kasten, Im oberen Boden 2.

Mittwoch, 3. März

Malen an der Staffelei

14 bis 17 Uhr. Nur mit Begleitung. 2 Franken pro Blatt. Standort Lila Villa. GZ Höngg, Limmattalstrasse 214.

Jugendtreff Underground@Chaste

15 bis 18 Uhr. Treffpunkt für Jugendliche ab der sechsten Klasse: Miteinander reden, Musik hören und mit den Jugendarbeitenden über alles Mögliche diskutieren. GZ Höngg Kasten, Im oberen Boden 2.

Freitag, 5. März

Offener Jugendtreff im Chaste

19.30 bis 22.30 Uhr. Ab der Oberstufe treffen sich in dem von den Jugendlichen selbst gestalteten Jugendtreff. Drinnen oder draussen wird diskutiert, Musik gehört oder getöggelt. GZ Höngg Kasten, Im oberen Boden 2.

E-Tram

15 bis 19 Uhr. Elektrisches wie Haushalts- und Bürogeräte, Kabel, Unterhaltungsgeräte und Elektrowerkzeuge entsorgen. Einzelne Gegenstände dürfen maximal 40 Kilogramm schwer und 2,5 Meter lang sein. Anlieferung per Auto nicht erlaubt. Tramschleife Warten, Limmattalstrasse 257.

Mittwoch, 10. März

Malen an der Staffelei

14 bis 17 Uhr. Nur mit Begleitung. 2 Franken pro Blatt. Standort Lila Villa. GZ Höngg, Limmattalstrasse 214.